

«Es ist schlicht nicht realistisch, die Staatsleistungen weiter auszubauen»

«Wir befinden uns trotz allem in der glücklichen Situation, dass wir die Haushaltssanierung ohne die Aufnahme von Krediten bewerkstelligen können, aber wir haben dafür nicht unbegrenzt Zeit», sagt Regierungschef Klaus Tschütscher.

Interview: Günther Fritz

Herr Regierungschef, im Juni 2010 lautete das vom Landtag anerkannte Sparziel, das strukturelle Defizit von 160 Mio. Franken bis 2015 zu beheben. In der ersten Jahreshälfte konnten Sie es auf 135 Mio. Franken reduzieren. Und bei der Präsentation des Landesvoranschlags 2012 mussten Sie erklären, dass es ein zweites Sparpaket brauche, um den Staatshaushalt langfristig zu sanieren. Was macht die Prognosen so schwierig?

Regierungschef und Finanzminister Klaus Tschütscher: Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die unsere international ausgerichteten Unternehmen derzeit auf ihren Märkten vorfinden, erschweren die Einschätzung der Unternehmensergebnisse und der daraus resultierenden Staatseinnahmen. Die Unsicherheiten liegen somit auf der Einnahmenseite, die von Faktoren wie der Frankenstärke, den Veränderungen auf dem Finanzplatz und der konjunkturellen Entwicklung stark beeinflusst wird. Diese Effekte absorbieren momentan die Wirkung der beschlossenen und zum grössten Teil von der Regierung bereits umgesetzten Sparmassnahmen.

Inwieweit hat das Nein des Stimmvolkes über den Kredit für den Spitalneubau Auswirkungen auf die Finanzplanung 2012 bis 2015? Sind Sie als Finanzminister froh über dieses Nein?

Im Lichte der heutigen Finanzlage des Landes haben wir mit dem Nein zum Spitalkredit zwar etwas Zeit gewonnen. Aber bezüglich der notwendigen

«Ausrichtung des Landesspitals überdenken»

Schaffung einer zeitgemässen Spitalinfrastruktur, für die wir so oder so beträchtliche Mittel aufbringen müssen, ändert das wenig. In der Kreditablehnung sehe ich jedoch eine Chance, die künftige Ausrichtung des Landesspitals nochmals sorgfältig zu überdenken und als Ergänzung des guten regionalen Spitalangebots auf die wirklichen Bedürfnisse unserer Bevölkerung zu fokussieren. Wenn daraus ein optimiertes, grössenverträgliches Konzept für die spitalärztliche Versorgung hervorgeht, dann haben alle, auch die Befürworter des abgelehnten Kredits, gewonnen. Darin sehe ich jetzt die primäre Aufgabe der Regierung.

Das Budget 2012 weist ein operatives Staatsdefizit von 124 Mio. Franken aus. Was sind die Hauptgründe dafür? Dieses deutlich negative Budget 2012 bereitet mir deshalb Sorgen, weil darin bereits berücksichtigt ist, dass wir bei den Aufwänden die Trendwende geschafft haben und erstmals um rund 30 Millionen Franken weniger budgetieren als im Vorjahr. Die Gründe für die roten Zahlen liegen wie bereits gesagt bei den stark eingebrochenen Einnahmen.

Wie beurteilen Sie die Sonderabschreibung der Liechtensteinschen Landesbank im Umfang von 50 Mio. Franken als Vertreter des Hauptaktionärs?

Die notwendig gewordene Wertberichtigung ist höchst unerfreulich, weil sie entsprechend negative Auswirkungen auf das Steueraufkommen und die Ausschüttung von Dividenden hat. Sie verstärkt das momentane Einnahmenproblem für das Land sehr.

Wie stark fällt bei den budgetierten Mindererträgen der laufende Transformationsprozess auf dem Finanzplatz immer noch ins Gewicht?

Das ist nur schwer zu beziffern. Sichtbar werden die Veränderungen in der abnehmenden Zahl der Sitzgesell-

«Wir streben sozialverträgliche Lösungen an»

schaften, was ebenfalls zu den sinkenden Steuereinnahmen beiträgt. Kurzfristig wiegen aber die erwählten konjunkturellen Gründe deutlich schwerer.

Sie haben an der Pressekonferenz zum Budget 2012 erklärt, dass die Regierung im Frühjahr erneut in Klausur gehen und ein zweites Sparpaket dem Landtag vorschlagen werde. Gibt es überhaupt noch zusätzliche Einsparpotenziale, nachdem Sie bereits alle Ausgabenpositionen ohne Tabus durchgekämmt haben?

Die gibt es, aber es wird für die Regierung immer schwieriger, weil wir trotz der notwendigen Sparmassnahmen in allen Bereichen sozialverträgliche Lösungen anstreben. Zwar bewegen wir uns im Vergleich mit dem benachbarten Ausland immer noch auf hohem Niveau, aber der Sparkurs wird auch bei uns stärker spürbar werden. Leider ist es so, dass gemäss den Zahlen der Finanzplanung die bereits erzielten Einsparungen und das fest eingeplante Reduktionsvolumen von 135 Millionen Franken pro Jahr nicht ausreicht, um bis 2015 die Eckwerte des Finanzleitbilds wieder einzuhalten.

Wenn das Sparpotenzial erschöpft ist, muss der Finanzminister mit Blick auf eine ausgeglichene Rechnung an der Einnahmenschraube drehen. Sie schliessen aus heutiger Sicht offenbar Steuererhöhungen nicht mehr aus. Für die Wirtschaftsverbände wäre das eine Verschlechterung der Rahmenbedingungen, worin Sie warnen. Sind Steuererhöhungen dennoch denkbar?

Die Regierung wird sich auch mit diesem Thema befassen müssen, weil die Lage unseres Staatshaushalts ernst ist. Gesunde Finanzen sind für unseren Kleinstaat eine existenzielle Fra-

«Finanzielle Unabhängigkeit bewahren»

ge. In Zeiten, in denen die internationalen Rating-Agenturen etlichen Ländern die Kreditwürdigkeit herabstufen, erhält das AAA-Länder-Rating Liechtensteins noch mehr Bedeutung, weil wir sehen, in welche Schwierigkeiten Länder mit einem schlechten Rating geraten. Die Stabilität unserer Banken und die solide Finanzpolitik des Staates sind ganz entscheidende Grössen. Deshalb schenkt die Regierung der möglichst raschen Erreichung eines ausgeglichenen Haushalts allergrössten Augenmerk. Mit der Bewahrung unserer finanziellen Unabhängigkeit können wir für unsere Wirtschaft und für die Bevölkerung am meisten dazu bei-



Regierungschef und Finanzminister Klaus Tschütscher: «Die Regierung wird wie bisher ausgewogen und verhältnismässig in allen Bereichen das vorhandene Sparpotenzial ausloten.» Bild Daniel Ospelt

tragen, dass die günstigen Rahmenbedingungen erhalten bleiben.

«Wir schnüren ein zweites Sanierungspaket»

Die LIHK hat die Regierung aufgefordert, alle grossen Investitionsprojekte und Ausgabenposten nochmals kritisch zu überprüfen. Andererseits soll in den Bereichen Bildung und Forschung nicht unbedingt gespart werden. Was sagen Sie dazu?

Selbstverständlich überprüfen wir auch unsere Investitionsprojekte kritisch bezüglich Zweckmässigkeit, Dringlichkeit und Sparpotenzial. Das Ausklammern einzelner Bereiche halte ich allerdings für gefährlich. Die Regierung wird mit einer ganzheitlichen Sichtweise ein zweites Sanierungspaket schnüren und dem Landtag ausgewogene Vorschläge unterbreiten, wie der Staatshaushalt wieder ins Lot kommen wird.

«Ich bin gegen solche neuen Begehrlichkeiten»

In jüngster Zeit ist die FBP mit verschiedenen Vorschlägen an die Öffentlichkeit getreten, welche die Staatsausgaben in die Höhe treiben würden. Gemüsegut-scheine für Familien, ausgedehntere Eigenheimförderung, neue Radwege, ein Industriezubringer in Triesen, Erhö-

hungsanträge im Landtag für die Universität Liechtenstein und die Cipra und schliesslich Lohnerhöhungen für die Regierung. Wie beurteilen Sie den effektiven Sparwillen des Koalitionspartners? Ich erachte es als sehr problematisch, im Hinblick auf die nächsten Wahlen solche Leistungen in Aussicht zu stellen. Dies läuft den Bestrebungen zur Haushaltssanierung diametral entgegen und widerspricht der gemeinsam eingegangenen Verpflichtung im Koalitionsvertrag. Aufgrund der notwendigen Ausgabenreduktionen ist es schlicht nicht realistisch, die Staatsleistungen weiter auszubauen. Das kann ich nicht verantworten und

«Nicht unsere Zukunftsfähigkeit gefährden»

deshalb werde ich solchen Begehrlichkeiten niemals zustimmen. Es ist auch nicht richtig, den aus dem Gleichgewicht geratenen Staatshaushalt zulasten unserer Nachkommen über längere Zeit in dieser Schieflage zu belassen. Das wäre ein unverzeihlicher Verstoß gegen die Generationengerechtigkeit und würde zudem unsere Zukunftsfähigkeit gefährden. Deshalb hat die Regierung in der Agenda 2020 die Erhaltung unserer finanziellen Unabhängigkeit zu den wichtigsten strategischen Zielen des Landes erklärt.

Wie beurteilen Sie die Folgen des Landtagsentscheids, wonach der Staatsbeitrag an die AHV ab 2018 nicht mehr geregelt ist?

Der Landtag hat mehrheitlich so entschieden. Die Verantwortlichen müssen nun rechtzeitig Klarheit schaffen, damit sich dieser Beschluss nicht zum Nachteil für die AHV und die Rentner auswirken wird.

Wie sieht es mit der Entwicklung der staatlichen Reserven in der Finanzplanung 2012 bis 2015 aus? Kann es sich der Staat überhaupt noch leisten, grössere Investitionsprojekte wie die S-Bahn FL.A.CH., einen Erweiterungsbauplan am Schulzentrum Mühleholz I oder einen Spitalneubau zu einem späteren Zeitpunkt in Angriff zu nehmen?

Die Reserven des Landes würden stark zurückgehen, wenn wir bis 2015 nicht weitere Gegenmassnahmen ergreifen. Wir befinden uns trotz allem in der glücklichen Situation, dass wir die Haushaltssanierung ohne die Aufnahme von Krediten bewerkstelligen können, aber wir haben dafür nicht unbegrenzt Zeit. Deshalb arbeitet die

«Mit Hochdruck am Sanierungsprogramm»

Regierung mit Hochdruck am Sanierungsprogramm. Noch mehr als die eigentlichen Investitionen müssen wir die mit den Projekten verbundenen wiederkehrenden Folgekosten gut im Auge behalten, sei es nun ein Landes-spital, eine S-Bahn oder ein Schulzentrum.

Wie beurteilen Sie derzeit generell die Stimmung in der Bevölkerung, der Sie als Regierungschef seit Monaten darlegen müssen, dass in den nächsten Jahren der Gürtel enger geschnallt werden muss und die risigen Zeiten von reichlich fliessenden Staatseinnahmen für lange Zeit vorbei sein werden?

Ich bin davon überzeugt, dass die Bevölkerung die Notwendigkeit der Haushaltssanierung versteht und zur Gesundung der Staatsfinanzen beitragen wird. Das spüre ich immer wieder

«Folgekosten gut im Auge behalten»

in persönlichen Gesprächen. Natürlich gehen die Meinungen, wo der Sparhebel ganz konkret angesetzt werden sollte, teilweise weit auseinander. Die Regierung wird deshalb wie bisher ausgewogen und verhältnismässig in allen Bereichen das vorhandene Sparpotenzial ausloten.

Wie fühlen Sie sich als Regierungschef, der die Verantwortung für die kommenden Generationen ernst nimmt und deshalb in der Gegenwart unpopuläre Massnahmen durchziehen muss, die kaum auf Gegenliebe der Betroffenen stossen?

Die Haushaltssanierung stellt uns alle vor grosse Herausforderungen. Glücklicherweise sind wir uns in der Regie-

«Vor grossen Herausforderungen»

rung über die Notwendigkeit und den Umfang der stabilisierenden Massnahmen einig, sonst wäre das Ziel schlicht nicht erreichbar. Wir werden uns dieser vordringlichen Aufgabe zur Zukunftssicherung des Landes weiter intensiv und mit aller Kraft widmen.